

Bernhard Weidinger

## **Medien von heute für eine Zukunft von gestern**

### **Ein publizistisches Panorama des österreichischen Rechtsextremismus**

Die Presse der österreichischen extremen Rechten ist im 21. Jahrhundert angekommen – weitgehend hinter ihr liegt eine Zeit des Umbruchs. Insbesondere die 2010er Jahre waren von nachholender Modernisierung, Marktbereinigung und dem Auftauchen neuer Player gekennzeichnet. Diese Entwicklung war überfällig: Noch vor fünfzehn Jahren glich die rechtsextreme Medienlandschaft in Österreich im Großen und Ganzen jener aus der Zeit vor der flächendeckenden Ausbreitung des Internet. Sie war von traditionsreichen Print-Flaggschiffen wie *Aula* und *Eckart* – beide gegründet in den 1950er Jahren – beherrscht und online kaum präsent. Die Gründung der (Des-)Informationswebsite *unzensuriert.at* 2009 markiert rückblickend den Beginn des vorerwähnten Umbruchs: Während manch alteingesessener Akteur von der Bildfläche verschwand, traten neue auf den Plan, die sich der Chancen der nicht mehr ganz so neuen Technologien annahmen und damit schließlich auch das eine oder andere etablierte Organ zu einer Generalüberholung animierten.

Auf den folgenden Seiten versuche ich, einen Einblick in ein publizistisches Spektrum zu geben, das von einer breiteren Öffentlichkeit nicht oder nur sehr ausschnitthaft wahrgenommen wird. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wohl aber darauf, die hinsichtlich Reichweite und szeneeinternem Standing relevantesten Player zu benennen.<sup>1</sup> Nicht jeder Einzelne davon

1 Keine Behandlung finden – ungeachtet ihrer mitunter beträchtlichen Reichweite – Ein-Personen-Projekte wie Vlogs oder sonstige Social-media-Accounts individueller AktivistInnen. Charakterisierungen einiger der wichtigsten rechtsextremen Medien aus Österreich finden sich auf der Website des DÖW (<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen> [20. 1. 2021]). Darüber hinaus bietet die dortige Rubrik „Neues von ganz rechts“ (<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts> [20. 1. 2021]) anlassbezogene Meldungen zu sämtlichen hier behandelten Organen. Für eine aktuelle, umfassende und auf Österreich fokussierte Auseinandersetzung mit dem Themen-

wird vom DÖW als rechtsextrem eingestuft. Sie alle eint aber die positive Rezeption durch Rechtsextreme (und eine damit einhergehende meinungsbildende Funktion innerhalb der Szene oder gewisser Sektoren derselben) sowie die Parteilichkeit mit rechtsextremen AkteurInnen, die sich in einer entsprechend positiven Berichterstattung über dieselben niederschlägt.<sup>2</sup>

Auch wenn der Artikel sich auf Medien aus Österreich beschränkt, sei eingangs darauf hingewiesen, dass auch zahlreiche ausländische (Online-)Nachrichtenplattformen sich in Kreisen der hiesigen extremen Rechten großer Beliebtheit erfreuen. Neben Websites aus dem deutschsprachigen Ausland (etwa *COMPACT Online* und *PI-NEWS* für Deutschland, *Weltwoche* und *klage-mauer.tv* für die Schweiz) wären hier in erster Linie die deutschsprachigen Angebote russischer Staatsmedien, konkret *RT DE* und *SNA* (bis 2020 *RT Deutsch* und *Sputnik*) sowie der sinoamerikanischen *Epoch Times* zu nennen. Umgekehrt können auch einzelne österreichische Portale auf beachtliche Zugriffszahlen aus dem deutschsprachigen Ausland verweisen.

## 1. Die Grenzlegalen

Die österreichische Rechtslage – namentlich das NS-Verbotsgesetz – setzt rechtsextremer Publizistik gewisse Grenzen: Neonazistische Zeitschriften dürfen hier im Grunde gar nicht erscheinen. Dementsprechend sind einschlägige Projekte meist von kurzer Dauer<sup>3</sup> oder werden nur konspirativ vertrieben. Letzteres geschieht seit Jahrzehnten in Form sogenannter Zines – betont amateur-

komplex „Rechtsextremismus und Medien“ vgl. Judith Goetz / Markus Sulzbacher / FIPU (Hrsg.), *Rechtsextremismus*, Bd. 4: Herausforderungen für den Journalismus, Wien 2021; zu rechtsextremen Medien in Österreich darin den Beitrag von Judith Goetz (S. 30–51).

- 2 Jedenfalls das erstgenannte Kriterium würde auch auf den privaten Vollprogramm-Sender *ServusTV* zutreffen: nicht zuletzt aufgrund der wiederholten Einladung von Rechtsextremen und VerschwörungsphantastInnen in seine Diskussionsformate, aber auch einer generell als „politisch unkorrekt“ wahrgenommenen redaktionellen Linie werden der Sender und sein Intendant Ferdinand Wegscheider von der extremen Rechten seit Jahren höchst positiv rezensiert. So bewirbt etwa die Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP, vgl. Abschnitt 3 im vorliegenden Artikel) *ServusTV* regelmäßig als den „einzig objektive[n] TV Sender Österreichs“. *Info-DIREKT* stellte bereits 2016 anerkennend fest, dass der Sender mit seiner Einladungspolitik „ein Loch in den ‚Cordon sanitaire‘ der Mainstream-Medien“ gerissen habe. „Die Angst-Hysteriker des Systems befürchten völlig richtig: Wenn einmal die systematische Ausgrenzung durchbrochen ist, brechen die Dämme.“ (info-direkt.eu [21. 10. 2016])
- 3 So etwa das *Jugend Echo*, ein kurzlebiges Zeitschriftenprojekt des in den 2000er Jahren aktiven, neonazistischen *Bundes freier Jugend* (BFJ).

haft gemachter, subkulturell orientierter und mit kleinster Auflage vertriebener Hefte. Ein aktuelles Beispiel liefert das auf nationalsozialistischen Black Metal (NSBM) spezialisierte, unregelmäßig erscheinende Ein-Personen-Projekt *Höllentanz*. Wer längerfristig mit gesetzeskonformem Impressum erscheinen will, ist angehalten, die Grenzen des rechtlich Sagbaren auszureizen – etwa durch codierte Sprache, Insinuationen oder Fokusverlagerung der historischen Einlassungen (etwa vom Holocaust auf die rechtlich weniger heikle Frage der deutschen Kriegsschuld). Bereits seit Jahrzehnten schrammt der Vorarlberger Walter Ochensberger beständig an der Grenze der Legalität entlang. Die Namen seiner Zeitschriften (u. a. *Sieg* und *Top Secret*) wechselten, die Inhalte kaum. Seit 1995 gibt Ochensberger die Zeitschrift *PHOENIX*<sup>4</sup> heraus, die eine neonazistische Grundausrichtung mit einem Hang zu besonders aggressiv irrationalen Verschwörungsphantasien verbindet. Der Fortbestand der Zeitschrift scheint – nach einem weiteren Verbotsgesetzprozess 2020 – zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels fraglich.

Als eher alt- denn neonazistisch ist die Zeitschrift *Huttenbriefe* einzustufen. Diese kann seit dem Ableben der langjährigen Schriftleiterin, der Steierin und ehemaligen BDM-Funktionärin Lisbeth Grolitsch (2017), allerdings kaum mehr als österreichisches Periodikum verbucht werden. Der einzige Österreich-Bezug besteht heute darin, dass die Zeitschrift nach wie vor in einer Grazer Druckerei (Offsetdruck Dorrong) hergestellt wird. Mit Grolitsch hat die rechtsextreme Publizistik in Österreich ihre zweite zentrale Frauenfigur verloren, nachdem drei Jahre zuvor Hemma Tifner verstorben war. Die langjährige Herausgeberin der Zeitschrift *Die Umwelt* hatte mit Grolitsch neben der Weltanschauung auch das Geburtsjahr (1922) geteilt.

Das bekannteste reine Online-Projekt österreichischer Neonazis war die zwischen 2009 und 2011 in Betrieb befindliche Website *alpen-donau.info* samt zugehörigem Diskussionsforum. Als einen der Verantwortlichen identifizierte ein Geschworenengericht 2013 den prominenten österreichischen Neonazi-Kader Gottfried Küssel. Ein Nachfolgeblog mit ähnlicher Ausrichtung und begleitenden Social-media-Präsenzen nahm 2017 seinen Betrieb auf und ging Ende 2020 – jedenfalls vorerst – wieder offline.

4 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/phoenix-top-secret> [20. 1. 2021].

## 2. Die Alteingesessenen

Die traditionsreichsten noch bestehenden rechtsextremen Printmedien in Österreich sind *Der Eckart* (gegründet 1953, bis 2002: *Eckartbote*) und *Abendland* (seit 1958, bis 2020: *Neue Ordnung*)<sup>5</sup>. Bei beiden kam es – wohl auch in Reaktion auf die Veränderungen am rechtsextremen Zeitschriftenmarkt – erst jüngst zu maßgeblichen Neuerungen. Die im rechtsextremen Grazer *Ares*-Verlag (dem Polit-Ableger des *Stocker*-Verlags) erscheinende *Neue Ordnung* benannte sich Mitte 2020 um, da man sich nicht länger in scheinbarer Nähe zur von rechtsaußen bekämpften Verschwörungsidee einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) verorten wollte. In der Begründung des Schrittes verweist Herausgeber und Verleger Wolfgang Dvorak-Stocker auch auf das inhaltliche Spezifikum der Zeitschrift: Seit Gründung sei es ihren Machern um die „Überwindung des Konfliktes zwischen der nationalen und der katholisch-konservativen Rechten in Österreich“ zu tun gewesen.<sup>6</sup> Verortet an der Schnittstelle von katholischem Fundamentalismus und deutsch-völkischem Rechtsextremismus adressiert die Zeitschrift damit eine Klientel, die ansonsten – unter weit stärkerer Betonung der katholischen bzw. religiösen Note – nur noch von Friedrich und Albert Engelmanns *Der 13.* sowie außerhalb des Printsektors von der Online-Plattform *gloria.tv* bedient wird.<sup>7</sup>

*Der Eckart* unterzog sich 2019 einem sowohl gestalterischen als auch inhaltlichen Relaunch, der die zwischenzeitig diskutabel gewordene Einstufung der Zeitschrift als rechtsextrem nachdrücklich bekräftigte.<sup>8</sup> Anders als die meisten hier behandelten Zeitschriften ist *Der Eckart* im Grunde ein Vereinsorgan,

5 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/abendland-ehemals-neue-ordnung> [20. 1. 2021].

6 Abendland Nr. 2/2020, S. 2. Ko-Begründer der Zeitschrift war der Grazer Rechtsanwalt Ernst Strachwitz, der nach Kriegsende dieselbe deutschnational-katholische Einigungsmision zunächst im Rahmen seiner Jungen Front (nebst gleichnamiger Zeitschrift) und der ÖVP verfolgt hatte. Nach seinem Ausschluss aus der ÖVP 1951 gründete Strachwitz die Aktion zur politischen Erneuerung, die sich alsbald mit dem Verband der Unabhängigen (VdU) verbündete und 1955/56 noch an der Wiege der FPÖ stand.

7 Ebenfalls im Grenzbereich von fundamentalistischem Katholizismus und Rechtsextremismus agierte die 2004 bis 2012 aktive deutsch-österreichische Online-Plattform *kreuz.net*. Die aggressiv antisemitische und LGBTIQ\*-feindliche Seite wurde in Deutschland wegen Holocaustleugnung indiziert und wies personelle Überschneidungen mit dem nach wie vor aktiven *gloria.tv* auf.

8 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/november-2019/rechtsextremer-relaunch> [20. 1. 2021].

nämlich jenes der Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM)<sup>9</sup>. Als Nachfolgerin des Deutschen Schulvereins betreibt diese, was der Jargon des deutschnationalen Milieus „Volkstumsarbeit“ nennt: Sie nimmt sich der tatsächlichen oder vermeintlichen Anliegen deutschsprachiger Minderheiten in aller Welt an, welche auch einen speziellen Fokus der Zeitschrift darstellen. Gleichzeitig diente der Relaunch eigenem Bekunden nach auch dem Ziel, über die traditionelle ÖLM-Klientel hinauszuwirken und als „mittlerweile älteste bestehende nationale Nachkriegspublikation“ nicht zuletzt auch „die neue Generation zu erreichen“.<sup>10</sup>

Das Ziel eines Aufstiegs zur Publikumszeitschrift hatte auch die *Aula*<sup>11</sup> (gegründet 1951 als *Der freiheitliche Akademiker*) immer wieder ausgegeben – und war ebenso regelmäßig daran gescheitert. Auch sie war, als Zeitschrift der Freiheitlichen Akademikerverbände (FAV), ein Verbandsorgan, das sich mit einiger Berechtigung als Sprachrohr des deutschnationalen Akademikermilieus in Österreich – und hier vor allem des völkischen Korporationswesens – verstand. Über Jahrzehnte hatte die FPÖ die Zeitschrift durch Inserate, Interviews und Gastkommentare hochrangiger FunktionärInnen unterstützt, bis sie sich 2018 (als damalige Regierungspartei) von ihr distanzierte. Die Freiheitlichen Akademikerverbände – technisch gesehen keine Parteiorganisation, doch eng mit der FPÖ verwoben – stellten die *Aula* infolgedessen ein. Unter der Federführung des FAV Steiermark wurde Ende 2018 das Nachfolgemagazin *Freilich* auf den Markt gebracht (vgl. dazu den Folgeabschnitt). Der Versuch des letzten *Aula*-Schriftleiters, seinen redaktionellen Ansatz im Rahmen einer *Neuen Aula*<sup>12</sup> fortzusetzen, kam mangels Nachfrage nicht über die Nullnummer hinaus. Sporadisch erscheint noch die *Aula*-Jugendausgabe *gegenARGUMENT*, die zudem soziale Medien zu bespielen versucht. Die Quartalszeitschrift *Junges Leben* nahm ihren Anfang einst als *Aula*-Beilage für die völkischen Mittelschulverbindungen, erscheint inzwischen aber als eigenständiges Organ des Dachverbandes Österreichischer Pennäler-Ring (ÖPR).

9 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/schutzverein-oesterreichische-landsmannschaft-oelm> [20. 1. 2021].

10 Der Eckart Nr. 10/2019, S. 3.

11 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/die-aula> [20. 1. 2021] sowie Reinhold Gärtner, *Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus*, Wien 1996.

12 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juli-2019/neue-aula-alte-bekannte> [20. 1. 2021].

### 3. Die Parteiorgane

Die Organisationsform als Partei ist für rechtsextreme Gruppierungen insofern reizvoll, als Zusammenschlüsse dieser Art rechtlich schwerer auflösbar sind als solche, die sich lediglich als Verein konstituiert haben. So kommt es, dass manch einschlägige Zeitschrift in Österreich sich in formaler Hinsicht als Sprachrohr einer politischen Partei bestimmen lässt – auch wenn die entsprechende Partei an Wahltritten kein Interesse zeigt. Das klassische Beispiel hierfür liefert die 1963 gegründete Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP)<sup>13</sup>, die gleich drei Periodika verantwortet. Alle drei – die *Kommentare zum Zeitgeschehen* sowie deren regionale Ableger *Weitblick* (für Kärnten und die Steiermark) und *Wiener Beobachter* (für Wien, Niederösterreich und das Burgenland) – erscheinen standardmäßig als Vierseiter, was ihnen eher Rundbrief- als Zeitschriftencharakter verleiht. In inhaltlicher Hinsicht urteilte der Verfassungsrechtler Heinz Mayer bereits 2005, dass „die von der AFP zu verantwortenden Publikationen seit Jahrzehnten massiv gegen die Bestimmungen des Verbotsgesetzes verstoßen“.<sup>14</sup> Ein darauf folgendes Verfahren gegen Aktivisten der AfP-Jugend – des schon erwähnten BfJ – endete mit Freisprüchen. Das *Jugend Echo* des BfJ wurde eingestellt, die Blattlinie der restlichen AfP-Publikationen bewegt sich inzwischen im Rahmen der Legalität.

Ebenfalls als Parteiorgane fungieren die Periodika der Anti-EU-Organisation Initiative Heimat & Umwelt (als Partei registriert seit 1990, Zeitschrift *Wegwarte*) und Bündnis Neutrales Freies Österreich (registriert 2003, Zeitschrift *Neues aus Österreich*), die sich über zunehmend verschwörungspanthastische Tendenzen in den letzten Jahren der extremen Rechten angenähert haben. Anders als die AfP haben IHU und NFÖ sich in den letzten Jahren wiederholt (und erfolglos) an Wahltritten versucht. Ein weiteres Parteiorgan, die

13 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/arbeitsgemeinschaft-fuer-demokratische-politik-afp> [20. 1. 2021].

14 Heinz Mayer, Rechtsgutachten über die „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) und den „Bund freier Jugend“ (BfJ), 2005, [https://www.doew.at/cms/download/edpm0/gutachten\\_afp.pdf](https://www.doew.at/cms/download/edpm0/gutachten_afp.pdf), S. 14 [20. 1. 2021]. Als „typische und stets wiederkehrende Signale“ in den AfP-Publikationen notiert Mayer ebendort die „[o]ffenkundige und verbrämte Verherrlichung nationalsozialistischer Ideen und Maßnahmen, zynische Leugnung von nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen, eine hetzerische Sprache mit deutlich aggressivem Ton gegen Ausländer, Juden und ‚Volksfremde‘ sowie eine Darstellung ‚des Deutschen‘ als Opfer“.

*fakten* der Kritischen Demokraten um Horst-Jakob Rosenkranz<sup>15</sup>, stellte 2018 sein Erscheinen ein. Gegründet 1990, hatte die Zeitschrift sich zeit ihrer Existenz einem Webauftritt verweigert. Dass eine Internetsuche nach den *fakten* als ersten Treffer die Website des DÖW ergab, führte dortselbst immer wieder zu Anfragen von AbonentInnen und Beschwerden von erbosten Hinterbliebenen.

In einer eigenen Liga spielt in der Kategorie Parteimedien jenes der einzigen rechtsextremen Partei Österreichs, die flächendeckend in Parlamenten vertreten ist: die *Neue Freie Zeitung* (NFZ) der FPÖ, die seit 1973 unter diesem Namen erscheint (zuvor *Neue Front*). Während die NFZ bis heute dem klassischen Bild des altbackenen Funktionärsblattes entspricht, erwies die FPÖ sich online als Trendsetterin unter den österreichischen Parteien. Unter dem Label *FPÖ-TV* produziert sie seit 2012 Videoclips im Stile einer Nachrichtensendung, die von Beginn an auf einem eigenen YouTube-Kanal veröffentlicht wurden und von dort (sowie von der Partei-Website) aus auch auf anderen sozialen Medien Verbreitung fanden. Auch auf Facebook gab man der parteipolitischen Konkurrenz durch systematischen (und massiv werbegestützten) Account-Aufbau jahrelang den Takt vor.

#### 4. Die Online-Medien

Die Pionierleistungen der FPÖ im Online-Bereich sind als Konsequenz ihrer spezifischen Wahrnehmung der österreichischen Medienlandschaft zu verstehen. In den Augen der Freiheitlichen ist der „mediale Mainstream“, angeführt vom vermeintlichen „Rotfunk“ ORF, von einem linksliberalen Bias und damit einhergehender Voreingenommenheit gegenüber AkteurInnen der politischen Rechten geprägt. Dementsprechend forcierte man in der Ära Strache (ab 2005) den Aufbau von Kommunikationskanälen, die von der Partei selbst kontrolliert werden (wie das zuvor erwähnte *FPÖ-TV*), sowie die Förderung sogenannter „Alternativmedien“, die der Partei sympathisierend gegenüberstehen. Nach dem Regierungsbruch infolge der Ibiza-Affäre wurden diese Bemühungen unter veränderten Vorzeichen intensiviert, wie der damalige Generalsekretär Christian Hafenecker im Oktober 2020 auf einer AfD-Tagung in Berlin ausführte: Die *Kronenzeitung*, „früher ein sehr guter Partner der FPÖ“, habe sich post-Ibiza gegen sie gewandt. Daher habe man sich „medial breiter aufgestellt“

15 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/kritische-demokraten-fakten> [20. 1. 2021].

und versuche, alternative Medien „entsprechend zu fördern“. Konkret nannte Hafenecker *unzensuriert.at*, den *Wochenblick*, die Website *Fass ohne Boden*, das *Freilich*-Magazin, *ZurZeit* und *Info-DIREKT*.<sup>16</sup>

Deren Förderung vollzieht sich etwa in Form von Inseraten, Interviews und Gastkommentaren freiheitlicher Prominenz, nicht zuletzt aber auch durch die Verbreitung „alternativer“ Inhalte durch Parteiaccounts und hochrangige FunktionärInnen auf sozialen Medien. Die Stärkung ihr wohlgesonnener, aber formal parteiunabhängiger Plattformen liegt im Interesse der FPÖ, insofern es diesen gelingt, Personenkreise anzusprechen, die Parteiorganen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, und sie in der Verbreitung von *fake news* noch unbefangener agieren können als jene. Das Nebeneinander von Partei- und „Alternativmedien“ ermöglicht einen Paarlauf wechselseitiger Bestätigung und vermittelt dem geneigten Publikum die Illusion, im eigenen Medienkonsum auf Meinungsvielfalt zu achten.

Zum wichtigsten und reichweitenstärksten genuin freiheitlichen Online-Medium avancierte zwischenzeitig die Facebook-Seite Heinz-Christian Straches. Zum Zeitpunkt ihrer Einstellung Mitte Oktober 2019 – im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Partei und Ex-Obmann im Nachgang der Ibiza-Affäre – zählte sie nicht weniger als 786.000 „Fans“.

Jenseits der Parteimedien im engeren Sinn kann die Nachrichtenplattform *unzensuriert.at* als wichtigstes reines Online-Medium<sup>17</sup> der extremen Rechten in Österreich bezeichnet werden. Seine Gründung markierte – neben dem Start der neonazistischen Website *alpen-donau.info* im selben Jahr – gewissermaßen den Auftakt zur Modernisierung der hiesigen rechtsextremen Medienlandschaft und illustriert gleichzeitig, stellvertretend für manch anderes hier behandelte Medium, die Relativität des Labels „parteiunabhängig“. Initiiert wurde die Seite 2009 von Martin Graf, dem zu diesem Zeitpunkt als Dritter Nationalratspräsident höchstrangigen Freiheitlichen in der staatlichen Ämterhierarchie. Als Geschäftsführer betraute Graf seinen Büroleiter im Nationalratspräsidium, Walter Asperl. Grafs Initiative, wenn auch außerhalb der Partei verwirklicht, war Teil der vorerwähnten freiheitlichen Bemühungen um den Aufbau einer medialen Echokammer fernab der vielgeschmähten „Lügenpresse“. Wie entspannt die journalistischen Imperative von Sorgfalt, Wahrhaftigkeit und Ausgewogenheit in der eigenen Berichterstattung interpretiert werden, illustrierte

16 Eine Videoaufzeichnung von Hafeneckers Rede ist unter [https://youtu.be/\\_QtQHxMRpao](https://youtu.be/_QtQHxMRpao) [10. 3. 2021] verfügbar.

17 In der Anfangsphase wurden auch einige Ausgaben eines begleitenden Printprodukts herausgegeben. Dieser zweigleisige Zugang wurde jedoch alsbald aufgegeben.

etwa eine RTL-Reportage 2017. Zu einem mit versteckter Kamera dokumentierten „Redaktionstag“ erschien mit Alexander Höferl der damalige Kommunikationschef der FPÖ, stellte sich als Chefredakteur von *unzensuriert.at* vor und gab zu Protokoll, man betreibe „nicht dieses Medium, weil uns am unabhängigen Journalismus so sehr gelegen ist“, sondern weil man Parteien wie AfD und FPÖ „in gewisser Weise unterstützen“ wolle. Dementsprechend sollte der damals neue Deutschland-Ableger der Seite sich gegenüber der AfD so verhalten, wie man bis dato schon mit der FPÖ verfahren sei: nämlich darauf Bedacht nehmen, „eine rein positive Berichterstattung zu fahren“. Auch ein konkretes Beispiel der ungeprüften Verbreitung einer Falschmeldung zum Zwecke der Stigmatisierung von Asylwerbern wurde im Beitrag dokumentiert.<sup>18</sup> Noch im selben Jahr, nach Antritt der Bundesregierung Kurz-Strache, wurde Höferl von Innenminister Herbert Kickl zum Kommunikationschef seines Ministeriums berufen.

Eine Reihe weiterer Online-Medien von relevanter Reichweite, die in rechtsextremen und verschwörungspanthasieaffinen Kreisen populär und selbst jedenfalls im Nahbereich der extremen Rechten zu verorten sind, hat ihre Wurzeln in Österreich: *NEOPresse* (ursprünglich aus Oberösterreich, inzwischen mit Sitz in Köln), das *Contra Magazin* (ursprünglicher Sitz in Wien, inzwischen auf den Philippinen) und der rechtslibertäre Blog *bachheimer.com* (stark österreichisch geprägte Autorenschaft, Sitz in der Schweiz). Einen Fall besonderer Intransparenz stellt die rechtsextreme Plattform *Unser Mitteleuropa* dar. Diese wurde zunächst von einer ungarischen Stiftung getragen, offenkundig aber vor allem aus Österreich bespielt. Nach einer Auszeit meldete sie sich 2020 ins Netz zurück, nun mit Anschrift im polnischen Kraków und auf eine Moskauer Adresse registrierter Domain. Inzwischen führt die mehrsprachig berichtende und v. a. auch in Deutschland vielgelesene Website eine Londoner Briefkastenfirma im Impressum, die im Eigentum zweier Österreicher steht. Die engen Verbindungen dieser Firma zu FPÖ und AfD zeichnet eine im März 2021 veröffentlichte Recherche der Plattform *netzpolitik.org* nach.<sup>19</sup>

Generell lässt sich für die hier erwähnten Online-Medien konstatieren, dass – entgegen dem in rechtsextremen Kreisen vielbeschworenen Bekennermut – Beiträge ohne AutorInnenangabe bzw. unter Pseudonymen eher den Regelfall als die Ausnahme darstellen. Soweit die AutorInnen transparent ge-

18 RTL Extra, Folge v. 28. 8. 2017.

19 <https://netzpolitik.org/2021/desinformation-aus-oesterreich-vertrauen-sie-profis-nnc-unser-mittleuropa/> [24. 3. 2021].

macht werden, ergibt sich der auch für rechtsextreme Printprodukte typische, eklatante Männerüberhang.

## 5. Die Crossmedialen

Neben Print- und reinen Online-Projekten finden sich im Dunstkreis der österreichischen extremen Rechten auch Medien, die einen crossmedialen Ansatz verfolgen. Das gedruckte Heft fungiert dabei als Flaggschiff, das von einem täglich (oder ähnlich hochfrequent) bespielten Webauftritt ergänzt wird, während flankierende Social-media-Accounts beider Inhalte bewerben. Auch Videoformate finden zunehmend Verwendung, wobei die Palette vom TikTok-kompatiblen Kürzestfilm (unter einer Minute) bis hin zu ausgedehnten Kommentarrubriken und Interviews reicht.

Der crossmediale Ansatz wird in Österreich vor allem von jungen Medienprojekten verfolgt. Seine führenden Repräsentanten sind *Info-DIREKT*<sup>20</sup> (seit 2015) und der *Wochenblick* (seit 2016), die von Oberösterreich aus betrieben werden, sowie das schon erwähnte Grazer *Freilich*-Magazin (seit Ende 2018)<sup>21</sup> mitsamt der 2020 akquirierten *Tagesstimme*.<sup>22</sup> Dazu gesellt sich als vergleichsweise traditionsreicher Player die von Andreas Mölzer herausgegebene Zeitschrift *ZurZeit*, die bis zur Gründung des *Wochenblick* das einzige in diesem Artikel behandelte Medium mit wöchentlichem Erscheinungsrhythmus war. Sie war 1997 aus der Österreich-Mutation der deutschen *Jungen Freiheit* hervorgegangen, lässt aber erst seit kurzem das Bestreben erkennen, mit ihrer Online-Präsenz einen Mehrwert gegenüber der physischen Zeitschrift zu bieten.

20 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/infodirekt> [20. 1. 2021].

21 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/jaenner-2019/freilich-aula-nachfolgemagazin-praesentiert> [20. 1. 2021].

22 Zwei weitere zu einer ähnlichen Zeit gegründete Magazine, *alles roger?* und *Frank & Frei*, wurden 2019 bereits wieder eingestellt. Ersteres war ein Projekt des Unternehmers Ronald Seunig. Mit großem finanziellen Einsatz (Auflage von angeblich 100.000 Stück, Hochglanzfertigung, Jahresabonnement zum Preis von zwölf Euro) hatte dieser ab 2015 versucht, *alles roger?* als Publikumszeitschrift jenseits eines engen politischen Milieus zu etablieren. Inhaltlich setzte man beim selbsternannten „Magazin für Querdenker“ auf eine Mischung aus apolitischem Lifestyle-Journalismus und verschwörungsphantastischen Erzählungen. Das rechtslibertär-wutbürgerliche *Frank & Frei* erschien ab 2017 im gleichnamigen, aus der Parteiakademie des kurzlebigen Team Stronach hervorgegangenen Verlag. Während Letzterer nach wie vor besteht, schied die Zeitschrift mit der Akademie dahin.

Trotz starker inhaltlicher Überschneidungen repräsentieren die verschiedenen Projekte letztlich unterschiedliche Milieus und politische Ansätze: *ZurZeit* war von Beginn an Mölzers Langzeitmission einer Einigung von völkischen, „nationalliberalen“ und (christlich-)konservativen Kreisen verpflichtet – auch wenn Letztere im Laufe der Zeit an Gewicht verloren haben.<sup>23</sup> *Info-DIREKT* kann angesichts personeller Überschneidungen<sup>24</sup> als Nachfolgeprojekt des schon erwähnten *Jugend Echo* und damit des klassischen Rechtsextremismus mit Berührungspunkten zum Neonazismus angesehen werden. Diese Verortung wird auch durch die wiederkehrende Autorenschaft prononciierter Rechtsextremisten wie Richard Melisch, Herbert Schaller oder Martin Pfeiffer unterstrichen. Deren Beiträge erscheinen neben solchen „neurechter“ Autoren und den obligaten Gastkommentaren von bzw. Interviews mit FPÖ- und AfD-Prominenz. Ein noch engeres Naheverhältnis zur (insbesondere oberösterreichischen) FPÖ<sup>25</sup> weist der *Wochenblick* auf, der sich trotz seiner vergleichsweise starken personellen Verankerung im Berufsjournalismus durch eine besonders dreiste Affinität zu Verschwörungsphantasien und alternativen Fakten auszeichnet. *Freilich* wiederum präsentiert sich, entsprechend seiner Nähe zum völkischen Verbindungswesen und den Freiheitlichen Akademikerverbänden, als Magazin mit einem Mindestmaß an intellektuellem Anspruch. Inhaltlich verfolgt es von allen hier behandelten Medien am bemühtesten eine sogenannte „neurechte“ Linie.<sup>26</sup> Was für österreichische Verhältnisse neu ist (von der kurzlebigen Zeitschrift *Identität* in den 1990er Jahren und einzelnen Anklängen in der *Aula* zur selben Zeit abgesehen), ist freilich nicht notwendig originell. So sind dank

23 Die graphische Gestaltung der Wochenzeitung wird allerdings nach wie vor von Günther Schneeweiß besorgt – jenem katholischen Fundamentalisten, der auch für das Bleiwüsten-Layout von *Abendland* sowie für eine noch heute aktive Nachfolgersite des zuvor erwähnten *kreuz.net* verantwortlich zeichnet.

24 Vgl. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/jaenner-2017/zu-den-neonazistischen-hintergruenden-von-info-direkt> [20. 1. 2021].

25 Diese auch inhaltliche Nähe lässt sich nicht nur objektiv konstatieren, sondern wird vom *Wochenblick* offensiv einbekannt. So war Ausgabe 40/2020 zu entnehmen, dass auch weiterhin „die Freiheitliche Partei überwiegend zu Wort kommen“ werde, zumal man „in sie Hoffnung“ setze und sie „die einzige Partei“ sei, die zentrale Anliegen der *Wochenblick*-MacherInnen vertrete.

26 Das seit Jahrzehnten von Rechtsextremen wie auch von kritischer Seite vielbemühte Label „neurechts“ verweist auf eine stärker strategische als inhaltliche Neuorientierung. Kennzeichnend für den „neurechten“ Ansatz sind die Modernisierung rechtsextremer Rhetorik, die tendenzielle Vermeidung von Einlassungen zur NS-Zeit wie auch von offenem Rassismus und Antisemitismus sowie das Bestreben, politische Umbrüche durch Wählerarbeit im vopolitischen Raum (Publizistik, Kunst und Kultur) vorzubereiten – all dies unter Beibehaltung des ewigen rechten Leitbildes der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft.

*Freilich* nun auch in einer österreichischen Zeitschrift regelmäßig die immer gleichen Gedanken des immer gleichen halben Dutzend bundesdeutscher Meisterdenker zu lesen, das auch die Seiten „neurechter“ Gazetten der Bundesrepublik seit Jahren befüllt. Auch in der Themensetzung räumt die Zeitschrift – angesichts ihres Personals und völkischen Herkunftsmilieus nur konsequent – bundesrepublikanischen Belangen im Allgemeinen mehr Raum ein als österreichischen.

Hinsichtlich der Aufmachung verläuft das Spektrum vom altbackenen Lokalzeitungsstil des *Wochenblick* bis hin zur hochwertigen Lifestylemagazin-Optik von *Freilich*. Das größere Publikum findet bislang allerdings das Wochenblatt aus Oberösterreich, und dies vor allem online. Bei den Social-media-Interaktionen, den Shares und Likes, begegnet der *Wochenblick* manch etabliertem (Mainstream-)Medium auf Augenhöhe. Große Pläne werden aber auch bei *Freilich* gewälzt. Hier begann man 2020, die Angebotspalette sukzessive zu erweitern – u. a. um Sondernummern, Podcasts und Buchpublikationen. Ein wichtiger Schritt der Expansionsstrategie bestand in der ebenfalls 2020 durchgeführten Übernahme des Online-Mediums *Tagesstimme* als tagesaktuell berichtende Ergänzung zum im Zweimonatsrhythmus erscheinenden Printmagazin. Sie entstammt dem Dunstkreis der sogenannten *Identitären*, ihr Chefredakteur Stefan Juritz hatte zuvor bereits die Website von *Info-DIREKT* betreut.

## 6. Schlussbetrachtung

Die rechtsextreme Medienlandschaft Österreichs war in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren einigen Turbulenzen unterworfen. Langjährige zentrale Player sind verschwunden, neue aufgetaucht<sup>27</sup> – von denen einige sich etablieren konnten, während andere so schnell das Zeitliche segneten, wie sie gekommen waren. Mit einiger Verzögerung begann man, sich der Möglichkeiten der – nicht mehr ganz so neuen – digitalen Medien anzunehmen. Zur Bedeutungslosigkeit scheint heute verdammt, wer nicht bereit ist, mit der Zeit zu gehen. Der Modernisierungsdruck wirkt dabei nicht nur in technischer Hinsicht:

27 Angesichts dieser Dynamik ist davon auszugehen, dass der vorliegende Text bereits bei Erscheinen teilweise überholt sein wird. So kündigten im März 2021 der mit *Wochenblick* und *Info-DIREKT* assoziierte Stefan Magnet und der Kärntner Verschwörungsmythologe Martin Rutter neue Medienprojekte größerer Dimension an, welche den Schwung der Corona-Proteste in Österreich publizistisch weitertragen sollen.

Auch in Aufmachung und Sprache erweisen die völkische Patina des 19. und die faschistische des 20. Jahrhunderts, die bis vor nicht allzu langer Zeit die rechtsextreme Publizistik prägten, sich zunehmend als hinderlich.

Wer die Zeichen der Zeit erkannt hat, findet verheißungsvolle Perspektiven vor. Internet und soziale Medien bieten – bei vergleichsweise geringem Mitteleinsatz – eine potenzielle Reichweite, von der traditionelle rechtsextreme Medien nicht einmal zu träumen wagten. So sind heute fast alle noch bestehenden Organe dieses politischen Spektrums in irgendeiner Weise online präsent. Den einen dient diese Präsenz vorrangig zum Verweis auf das „eigentliche“ (Print-)Produkt, anderen als Ergänzung desselben, für wieder andere hat sie die gedruckte Zeitschrift bereits ersetzt. Die Online-Sphäre bietet aber nicht nur Reichweitevorteile und die Möglichkeit zur Ansprache von Milieus, die durch Printmedien nicht oder nur schwer erreichbar sind; vielmehr kommt auch die Funktionsweise gerade der sozialen Medien – mit ihrer Begünstigung von (negativer) Emotionalisierung gegenüber Vernunft und ihrer Eignung zur permanenten Mobilisierung von Ressentiments – der Weltanschauung, dem politischen Stil und den propagandistischen Bedürfnissen des Rechtsextremismus entgegen.<sup>28</sup>

Aus Sicht der extremen Rechten selbst weisen ihre Medien – ob in Print oder online – einen paradoxen Doppelcharakter auf: als marginalisierte, systematisch übervorteilte Kämpfer gegen die Übermacht des politisch korrekten Mainstreams – und Stimmen einer schweigenden Mehrheit zugleich. Zweifel sind sowohl an der Mehrheitsfähigkeit ihrer Positionen als auch an der behaupteten Totalität ihrer vielbeklagten „Ausgrenzung“ angebracht: Auch 2020 bezogen mehrere der in diesem Artikel vorgestellten Medien staatliche Presseförderung<sup>29</sup> – und akzeptierten sie so selbstverständlich, wie sie die „Käuflichkeit“ anderer Medien zu kritisieren pflegen.

28 Zur ausführlichen Diskussion rechtsextremer Internetnutzung in Österreich vgl. Bernhard Weidinger, Neue Medien, alte Ideologie. Zur Nutzung des Internet durch – und seinen Funktionen für – die extreme Rechte am Beispiel Österreich, in: Markus Stumpf / Hans Petschar / Oliver Rathkolb (Hrsg.), Nationalsozialismus digital, Göttingen 2021 (im Erscheinen); ohne Österreich-Fokus auch Anton Maegerle / Samuel Salzborn, Die dunkle Seite des WWW. Rechtsextremismus und Internet, in: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 10 (2016), H. 7, S. 213–231.

29 Mittel aus der Vertriebsförderungen für Wochenzeitungen flossen an *Neue Freie Zeitung* und *ZurZeit*, Erstere kam neben dem *Wochenblick* auch bei der im Zuge der Covid-19-Pandemie aufgelegten Sonderpresseförderung zum Zug (vgl. die Aufstellungen unter [https://www.rtr.at/medien/was\\_wir\\_tun/foerderungen/pressefoerderung/ergebnisse/2020/uebersicht2020.de.html](https://www.rtr.at/medien/was_wir_tun/foerderungen/pressefoerderung/ergebnisse/2020/uebersicht2020.de.html) [20. 1. 2021]).